

Gegner torpedieren Kapo-Neubau

Das Nein-Komitee spricht von fehlender Transparenz und personellen Verstrickungen, Befürworter widersprechen.

Martin Ackle

Am 8. März stimmt das Solothurner Stimmvolk über einen Kredit von 84,5 Millionen Franken für den Neubau des Kapo-Stützpunktes in Oensingen ab. Das erst vor kurzem gegründete Nein-Komitee rund um SVP-Präsident Rémy Wyssmann und den Grenchner Politaktivisten Elias Vogt wittert im Zusammenhang mit der Vergabe des Kredits und den Aufträgen nun Unstimmigkeiten. Die Situation habe ein «unerwartetes Ausmass angenommen», schreiben sie in der Einladung zu einer Medienkonferenz, die am Mittwoch stattfinden soll.

Laut dem Nein-Komitee verletz die Vergabe des Mandats für den Neubau an den Sieger des Architektur-Wettbewerbs eventuell geltendes Recht. Gewonnen hat die Ausschreibung die Luna Productions GmbH aus Deitingen. Nach dem Sieg im Wettbewerb hat sich diese Firma mit der Firma Anderegg und Partner aus Belach zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Inhaber dieser Firma ist Matthias Anderegg, SP-Kantonsrat und Präsident der kantonalen Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Da er mit seiner Firma nicht am Wettbewerb teilgenommen hatte, dürfte er nicht als gleichberechtigter Partner von Luna Productions an der Umsetzung des Neubaus beteiligt sein, vermuten Wyssmann und Vogt.

Vorgehen entspricht üblichen Abläufen

Das stimme so nicht, verteidigt sich Matthias Anderegg. Das

Vorgehen entspräche den üblichen Abläufen bei solchen öffentlichen Grossprojekten. Luna Productions sei ein Architekturbüro, welches auf die Planung spezialisiert sei. Die konkrete Umsetzung und den Bau wolle die Firma in Zusammenarbeit mit ihren Partnern realisieren. Luna Productions sei nach dem Sieg im Wettbewerb mit einer Anfrage auf ihn zugekommen, behalte in der Arbeitsgemeinschaft aber die Federführung. Er übernehme einen Teil der von Luna Productions mit dem Kanton vereinbarten Aufträge, sagt Anderegg weiter. 50 Prozent der Aufträge seiner Firma seien Aufträge der öffentlichen Hand. Es geht dabei um viel Geld. Gemäss Beschluss des Regierungsrates er-

«Die Situation rund um den Kredit für den Kapo-Neubau hat ein unerwartetes Ausmass angenommen.»



Rémy Wyssmann
SVP-Nationalrat

hält die Arbeitsgemeinschaft Luna-Productions / Anderegg und Partner ein Honorar von über 14 Millionen Franken: 12,7 Millionen für den Bau des Gebäudes und 1,5 Millionen für das Vorprojekt. Die Gesamtkosten für den Kapo-Neubau belaufen sich auf 84,5 Millionen Franken.

Anderegg war im Ausstand

Laut dem Nein-Komitee habe Matthias Anderegg den Antrag eines Kredits der zuständigen Kommission als Präsident unterzeichnet, obwohl er aufgrund seiner indirekten Beteiligung in den Ausstand hätte treten sollen. Das würde der entsprechende Beschluss belegen, den Wyssmann und Vogt gleich

«Einmal mehr wird mit Lügen und falschen Informationen argumentiert.»



Matthias Anderegg
SP-Kantonsrat



Der Kanton Solothurn will in Oensingen einen neuen Stützpunkt für die Kantonspolizei für 84,5 Millionen Franken bauen. Bild: zvg

mitliefern. Darauf ist Anderegg als Präsident erwähnt, das Dokument ist aber nicht handschriftlich unterschrieben.

Er sei damals im Juli 2025 bei der Abstimmung in den Ausstand getreten, sagt Anderegg. Das entsprechende Dokument habe er nie gesehen. Es entspräche den normalen Abläufen, dass der Präsident bei solchen Dokumenten erwähnt werde. In diesem konkreten Fall hätte wohl richtigerweise der Name seines Vize-Präsidenten aufgeführt werden müssen. Dies habe seine Sekretärin wohl vergessen.

Mangelnde Transparenz moniert

Rémy Wyssmann beklagt im Zusammenhang mit dem Kapo-Neubau und der bevorstehenden Abstimmung weiter mangelnde Transparenz seitens des Kantons und fehlende Informationen in den Abstimmungsunterlagen. Deshalb hat er bei der Baudirektorin Sandra Kolly (Mitte) die Herausgabe

von zusätzlichen Unterlagen verlangt. Dabei geht es unter anderem um einen geheimen Regierungsratsbeschluss aus dem September 2023, in welchem der Sieger des Architektur-Wettbewerbs bestimmt worden sei.

Im Weiteren verlangt Wyssmann Protokolle von verschiedenen Kommissionen, sämtliche Beschlüsse des Regierungsrates in diesem Zusammenhang und weitere «sachdienliche» Unterlagen. Es soll dabei auch geklärt werden, ob noch weitere Mitglieder des Kantonsrates mit ihren privaten Firmen Leistungen für den Neubau erbringen würden.

Matthias Anderegg sieht in der Aktion des Nein-Komitees ein weiteres Beispiel für die Verrohung der politischen Sitten im Kanton Solothurn. Es werde einmal mehr mit falschen Informationen und Lügen argumentiert. Er behalte sich juristische Schritte vor, falls seine Firma durch diese Kampagne Schaden nehmen sollte.

Komitee gegen Klimafonds

Abstimmung Die Klimafonds-Initiative will den Bund verpflichten, jährlich zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in einen neuen Fonds einzuzahlen. Aus Sicht eines überparteilichen Solothurner Komitees ist dies der falsche Weg für einen wirksamen und nachhaltigen Klimaschutz. Denn die Ausgaben zwischen 4 und 8 Milliarden Franken pro Jahr wären unabhängig von Konjunktur und Finanzlage zu leisten.

Im Co-Präsidium des Komitees sind GLP, Mitte, FDP und SVP sowie die beiden kantonalen Wirtschaftsverbände vertreten. Ein zentraler Kritikpunkt ist die vorgesehene Umgehung der Schuldenbremse. Diese habe sich als verlässliches Instrument für stabile Bundesfinanzen bewährt. Werde sie nun ausgehebelt, führt dies laut Mitte-Ständerat Pirmin Bischof zu neuen Milliardenschulden. Damit droht laut SVP-Nationalrat Christian Imark «die grösste Steuererhöhung seit Einführung der Mehrwertsteuer».

Bestehende Instrumente weiterentwickeln

Aus Sicht der Wirtschaft schwächt der Fonds die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz. Für Unternehmen und insbesondere für KMU bedeute dies weniger Planungssicherheit und steigende Kosten, ohne dass ein Nutzen garantiert sei. Laut dem Solothurner Komitee bestehen in der Schweiz bereits heute umfangreiche, funktionierende und finanzierbare Instrumente zur Förderung von Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und zur Reduktion von Treibhausgasen: «Diese Instrumente sollen weiterentwickelt und gezielt eingesetzt werden». (cra)

Neue Auktion für «SO 1»

Wer das beliebte Kennzeichen ergattern will, muss sich diesmal Sicherheitschecks unterziehen.

Daniel Vizentini

Als plötzlich Angebote über einer Million Franken eingingen, wurde der Kanton missstrauisch: Das Nummernschild «SO 1», das seit 2018 bei der Motorfahrzeugkontrolle am Verstauben war, wurde nach einem Vorstoss von SVP-Kantonsrat Richard Aschberger aus den Tiefen des Archivs herausgeholt und zur Versteigerung angeboten. Wie in vielen anderen Kantonen sollte dadurch neues Geld in die Strassenbaukasse geholt werden.

Die Internetauktion über der Plattform eauktion.so.ch lief sehr gut: Schon nach zehn Minuten wurde über 100'000 Franken für das Nutzungsrecht des Schilds angeboten, noch in der ersten Stunde war die Marke von 200'000 Franken geknackt. In weniger als einem Tag stand das Angebot bereits bei über 300'000.

Neue Offerten trudelten in den nächsten Stunden weiter ein. Die letzte, wohl seriöse, stand bei 357'000 Franken.

Dann überschlugen sich die Ereignisse: Plötzlich standen die Angebote bei über einer Million. Gerade der schlagartige Anstieg liess die Verantwortlichen aufhorchen, der Verdacht auf unseriöse Angebote kam auf und wurde kurz danach bestätigt.

Ausweis und Bonitätsprüfung

Nun soll alles anders kommen: Ab dem 25. Februar wird das Nummernschild «SO 1» erneut versteigert. Wer in der Auktion mitbieten will, muss bei der Registrierung neu die Ausweisdaten angeben und sich einer Bonitätsprüfung unterziehen lassen. Bisher war nur die Angabe einer Adresse, Telefonnummer und des Geburtsdatums nötig gewesen.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) wurden entsprechend überarbeitet. Unseriöse Bieter sollen dadurch schneller erkannt werden. Sie werden dann von laufenden und auch künftigen Auktionen ausgeschlossen.

Der Kanton ruft nun über eine Mitteilung auf, sich neu in der Auktionsplattform zu registrieren. Das müssen alle tun: Auch diejenigen, die bereits seriöse Angebote gemacht hatten. Denn alle bisherigen Benutzerkonten werden ab dem 11. Februar gelöscht. Der Neustart aller Auktionen gemäss den überarbeiteten AGB erfolgt am 18. Februar. Die Online-Auktion des begehrten Kennzeichens «SO 1» wird am 25. Februar um 18 Uhr starten und am 4. März um 17 Uhr enden.

Bietende werden eigens kontaktiert

Was ist mit den seriösen Bietern der letzten Auktion, die aufgrund der betrügerischen Angebote das Nachsehen hatten? Auf Anfrage sagte am Montag Kenneth Lützel Schwab, Amtschef der Solothurner Motorfahrzeugkontrolle, dass sie «noch heute» einzeln informiert werden, dass es eine Neuaufgabe der Auktion für das Kontrollschild «SO 1» geben wird. Als die letzte Auktion im



«SO 1»: Werden die hohen Angebote von der letzten Auktion wieder erreicht? Bild: zvg

Dezember abgebrochen wurde, sprach der Kanton davon, Strafmassnahmen gegen die unse-

riösen Bieter einzuleiten. Entschieden ist diesbezüglich nichts: Laut Kenneth Lützel-

schwab werden Anzeigen noch geprüft.

Kanton Solothurn war Pionier

Das Kennzeichen «SO 1» war 1994 das erste Nummernschild, das ein Kanton in der Schweiz im Rahmen einer Auktion versteigerte. Andere sind danach dem Solothurner Beispiel gefolgt. «AG 10 000» etwa wurde letzten Dezember für 45'000 Franken versteigert. «ZH 24» kam 2024 für 299'000 Franken weg.

Laut «20 Minuten» wurde das Kennzeichen «BL 400» für 900'000 Franken im Internet verkauft. Dieses allerdings nicht über eine offizielle Auktionsplattform des Kantons, sondern über Ricardo.ch.

In Solothurn fliessen die Einnahmen aus der Versteigerung in die Strassenbaurechnung, womit kantonale Strassenprojekte oder der Unterhalt der Strassen finanziert werden. Üblicherweise kommen da jedes Jahr rund eine Million Franken zusammen.